

# Finland bereitet sich auf Ende der Eurozone vor

## Außenminister heizt Spekulation um Auseinanderbrechen der Währungsunion an

17. August. FRANKFURT, 17. August. Finnland ist nach den Worten seines Außenministers Erkki Tuomioja auf ein Ende der europäischen Währungsunion vorbereitet. „Wir haben einen Plan dafür“, zitiert die britische Zeitung „Daily Telegraph“ in ihrer Online-Ausgabe den sozialdemokratischen Politiker. „Alle Ministerien überlegen, ob der Fall eintreten könnte, dass der Euro auseinanderbricht“, erläuterte Tuomioja am Freitag gegenüber dem finnischen Rundfunk seine Position. Niemand befürwortete dieses Szenario. „Aber wir müssen darauf vorbereitet sein.“

Sowohl aus den Reihen der finnischen Regierung als auch aus der europäischen Kommission wurden die Einlassungen des Ministers kritisch kommentiert. Sein Kabinettskollege habe nicht den Stand-

punkt der Regierung dargestellt, betonte am Freitag Alexander Stubb, der in Helsinki für die Europa-Politik zuständig ist. Ein Sprecher der Kommission kommentierte die Äußerungen aus Finnland mit den Worten, seine Behörde halte die Gemeinschaftswährung für „unumkehrbar“ und arbeite nicht an einem Notfallplan für den Zerfall des Euroraums.

Finnland verfolgt seit den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr einen besonderen Kurs gegenüber den Mitgliedsländern der Währungsunion, die auf die Finanzhilfe der anderen Eurostaaten angewiesen sind. Sowohl von Griechenland als auch von Spanien hat Finnland als einziges Geberland im Gegenzug für seine Beteiligung an den Hilfskrediten Wertpapiere als Garantien verlangt und erhalten.

Diese Sicherheiten, das sogenannte „Finnenpfand“, sollen im Fall der Zahlungsunfähigkeit der Gläubiger den Ausfall der finnischen Forderungen decken. Auf diesen Sonderkurs verpflichtete sich die im vergangenen Sommer gebildete Koalition als Reaktion auf den Erfolg der mit einem äußerst euroskeptischen Programm angetretenen rechtspopulistischen Partei der „Wahren Finnen“, die zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes avanciert sind. Skeptisch äußerte sich am Freitag auch Österreichs Finanzminister Michael Spindelegger zur Zukunft der Währungsunion. Er forderte in einem Zeitungsinterview die Möglichkeit, Mitgliedstaaten aus der Währungsunion auszuschließen, die ihre Zusagen nicht einhielten. (*Siehe Wirtschaft, Seite 14; Kommentar Seite 8.*)